

Quelle: sz-online/Sächsische Zeitung
Samstag, 2. Oktober 2010

„Hammer, Hammer, klopf, klopf“

Thomas de Maizière über Mauerspechte, die Pleite der DDR und die Vereinsamung in der Nachwendegesellschaft – ein Bürgerinterview.

Ein Interview der besonderen Art: Zwei Stunden saß Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) mit Bürgern aus seinem Meißner Wahlkreis zusammen. Die Chefin eines Mietervereins, ein Gastronom und eine Weinkönigin stellten Fragen zur deutschen Einheit.

SZ: Herr de Maizière, 1990 haben Sie als „West-Berliner“ auf der Ost-Seite an den Verhandlungen zum Einigungsvertrag mitgewirkt. Heute sind Sie der Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Länder und wohnen in Dresden. Fühlen Sie sich inzwischen in Sachsen zu Hause?

Ja. Ich wohne jetzt schon viele Jahre in Sachsen und habe in meinem Leben an keinem Ort länger gelebt als hier. Ich hatte keine Heimat. Ich bin im Laufe meines bisherigen Lebens viel umgezogen, war in sechs verschiedenen Schulen, habe an zwei Orten studiert, dann sechs Jahre in Westberlin und später lange in Schwerin, Dresden und im vereinten Berlin gearbeitet. Aber meine Frau, meine Kinder und ich, wir fühlen uns in Sachsen sehr wohl, und zwar so wohl, dass wir sagen: Sachsen, das ist jetzt unsere Heimat.

Annegret Föllner: Vor 20 Jahren war ich noch ein fünfjähriges Kind. Meine Generation will wissen: Wie war das damals in den Tagen des Mauerfalls eigentlich?

Das war eine sehr spannende Zeit, voller Aufbruchstimmung. Meine Familie und ich wohnten damals in Westberlin. Ich werde nie vergessen, wie wir damals mit unserer dreijährigen Tochter kurz nach der Grenzöffnung zur Mauer gegangen sind. Sie konnte zwar noch nicht vollständig sprechen, aber die Mauerspechte hatten es ihr angetan. Immer, wenn sie danach wieder an die Mauer gehen wollte, sagte sie: Hammer, Hammer, klopf, klopf.

Annegret Föllner: Wenn Sie heute noch mal den Einigungsvertrag verhandeln könnten, würden Sie alles wieder so machen?

Auch im Nachhinein betrachtet war der Beitritt der DDR der richtige Weg. Das war keineswegs nur der Wunsch der westdeutschen Bundesrepublik, sondern es war auch ganz eindeutig der Wunsch der meisten DDR-Bürger. Der Einigungsvertrag war eine große Leistung. Aber natürlich, manches würde ich aus heutiger Sicht anders machen. Damals ist von einer auf die andere Sekunde das gesamte, komplizierte Rechts-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialsystem auf das sogenannte Beitrittsgebiet übertragen worden. Damit hat man eine Chance zur Modernisierung des ganzen Landes verpasst. Wolfgang Schäuble hat das treffenderweise mal so beschrieben: Das westdeutsche Wirtschaftswunder in den 50er-Jahren hätte mit dem Wust an Regeln, die es im Jahr 1990 gab, wahrscheinlich nicht stattgefunden. Ein zweites Beispiel: Es war falsch, die Ost-Bildungsabschlüsse – von einigen Ausnahmen abgesehen – nicht vollständig in ganz Deutschland anzuerkennen. Ich kann als „mildernde Umstände“ für dieses aus heutiger Sicht kleinkarierte Verhalten nur anführen, dass auch zwischen den westdeutschen Ländern Bildungsabschlüsse nicht anerkannt wurden – und werden.

Gottfried Herrlich: Ich bin als Kriegskind geboren, habe die DDR erlebt und die 20 Jahre danach in vollen Zügen genossen. In der DDR schaffte die soziale Gleichheit vieler einen gewissen inneren Zusammenhalt. Wie erreichen wir jetzt, nach 20 Jahren Differenzierungen bei den Menschen nicht nur beim materiellen Wohlstand, sondern auch bei der Mitarbeit am Gemeinwesen, dass die Unterschiede nicht noch größer werden?

Die Homogenität auch des Einkommens zu DDR-Zeiten war historisch einmalig und Teil des Systems. Dass im Wohnblock, im Plattenbau der Professor und der Fernfahrer zusammen wohnen, das war ungewöhnlich, aber sozusagen auch der Wohnsituation im Ganzen geschuldet. Einen Weg zurück dahin gibt es nicht.

Gottfried Herrlich: Wir brauchen aber mehr Zusammenhalt.

Da bin ich bei Ihnen. Aber die entscheidende Frage lautet doch: Wer ist eigentlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt verantwortlich? Da macht es sich manchmal die Gesellschaft zu leicht, wenn sie erwartet, dass sich der Staat um alles kümmert. Um Zusammenhalt zu organisieren, darf man nicht immer nur auf den anderen warten, sondern das müssen wir gemeinsam machen. Viele geben zum Beispiel „den Parteien“ die Schuld daran, dass sie nicht zur Wahl gehen. Wir hatten gerade in Riesa bei der Bürgermeisterwahl eine jämmerliche Wahlbeteiligung von 36 Prozent. Dabei hatten wir vorzeigbare Kandidaten, es ging wirklich um etwas, die Themen waren da. Da kann man doch nicht sagen, das ist alles austauschbar, es ist egal, wen man wählt. Nein, die Demokratie bietet jedem die Chance, selber aktiv zu werden, sich einzubringen. So entsteht gesellschaftlicher Zusammenhalt. Dass das klappt, zeigen Beispiele wie unser Weinfest in Meißen. Da sind alle auf den Beinen, und es wird nicht unterschieden nach Reich und Arm, wenn man in die Hinterhöfe geht und zusammen Wein trinkt.

Uta Knebel: Hätte man nicht aus heutiger Sicht mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland erhalten können? Und: Wer Arbeit hat, ist in Arbeitskollektiven drin. Wer in Kollektiven ist, ist kommunikationswillig und ist auch bereit, sich im Verein einzubringen. Umgekehrt erlebe ich leider, beispielsweise bei Hartz-IV-Empfängern, eine zunehmende Vereinsamung. Was kann man dagegen tun?

Zu Ihrer ersten Frage: Es wird oft vergessen, dass der Zustand der Ökonomie der DDR desaströs war. Niemand

hat das klarer beschrieben als Gerhard Schürer, der Chef der Zentralen DDR-Plankommission im Herbst 1989. Dieses Ausmaß der Situation war uns selbst damals nicht bewusst: In den Verhandlungen zum Einigungsvertrag haben wir uns noch darüber gestritten, was mit den gigantischen Erlösen nach der Privatisierung der DDR-Betriebe wird. Die Realität hat uns später eingeholt: Es gab Schulden und keine Erlöse. Die Laienschauspieler Ost und die angeblichen Profis West hatten sich total verschätzt. Der Umtauschkurs zur D-Mark war gut für die Bevölkerung, aber ganz schlecht für die Wirtschaft. Er hat jeden Hauch von Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Produkte im Keim erstickt. Dann hat eben keiner mehr einen Trabi gekauft, sondern einen Volkswagen. Sicher, man hätte manchem Kriminellen oder Hochstapler nicht auf den Leim gehen dürfen, die Betriebe für wenig Geld gekauft und dann plattgemacht haben. Es ist wahr, da hat es Fehler gegeben. Aber dass nun alles auf Teufel komm raus privatisiert worden ist, das stimmt ja nicht. Die Werften an der Küste, die Chemie in Sachsen-Anhalt oder die Automobilindustrie in Sachsen sind mit viel Geld gefördert worden.

Uta Knebel: Und die Vereinsamung...

Das ist leider in der Tat so. Man kann leicht fordern, dass einer gefälligst arbeiten soll. Aber wenn der zwei, drei oder vier Jahre nicht mehr gearbeitet hat, ist es für ihn schwer, von heute auf morgen acht Stunden pünktlich zu arbeiten. Jeder weiß, wie schwer der erste Tag nach dem Urlaub fällt. Wichtig ist erst mal, dass uns die jungen Leute nicht verloren gehen. Da bin ich jetzt sehr optimistisch, auch weil die Demografie hilft. Die jetzt 25- bis 30-Jährigen hatten es viel schwieriger als die jetzt 18-Jährigen. Im Übrigen haben wir Hinzuverdienst-Regelungen, die bei der Lösung des Problems nicht hilfreich sind. Von jedem Euro, den man dazuverdient, müsste etwas mehr übrig bleiben, damit man einen Vorteil hat.

Knebel: Und warum macht man das nicht?

Da kommen uns die Minijobs in die Quere. Die werden viel zu oft missbraucht: Ein voller Arbeitsplatz wird belegt mit vier Minijobs ohne richtige Rentenansprüche, ohne richtige Krankenversicherung und ohne einen Verdienst, von dem man leben kann. Man kann die Minijobs aber auch nicht einfach abschaffen, denn viele Menschen nutzen diese Möglichkeit, sich nebenbei etwas hinzuzuverdienen.

Uta Knebel: Es gibt bei uns Leute, denen müsste das Amt eigentlich Miete und Heizkosten bezahlen. Wenn aber Heizkosten mit Warmwasseraufbereitung höher als ein Euro pro Quadratmeter sind, wird das im Kreis Meißen nicht erstattet. Teilweise bezahlen es die Leute dann mit ihren Pflegeleistungen.

Da gebe ich mal eine harte Antwort: Wenn einer sich seine Heizkosten nicht leisten kann und er ist kein Hartz-IV-Empfänger, dann gibt es keinen, der für ihn nachzahlt; da sagt der Staat: Da hast du leider Pech gehabt. Beim Hartz IV-Empfänger soll der Staat dagegen sagen, du kriegst immer alles nachträglich bezahlt? Da haben wir eben auch Regeln. Notfalls muss einer in eine kleinere Wohnung umziehen.

Annegret Föllner: Wenn Sie auf die nächsten 20 Jahre schauen könnten - was sind die wichtigsten Baustellen?

Die Ost-West-Themen, die wir jetzt diskutieren, werden an Bedeutung verlieren. Dann gibt es eigentlich nur noch drei große spezifisch ostdeutsche Themen. Dazu zählt die im Vergleich zum Westen immer noch höhere Arbeitslosigkeit, aber das Problem wird durch die demografische Entwicklung kleiner. Der ostdeutsche Lehrling wird in zwei, drei Jahren mehr verdienen als der westdeutsche Lehrling. Das prophezeie ich. Und in fünf Jahren wird der junge ostdeutsche Lehrling wahrscheinlich mehr verdienen als der 50-jährige ostdeutsche Mitarbeiter. Damit er bleibt.

Annegret Föllner: Und was noch?

Wir müssen noch die Rentenberechnung zwischen Ost und West angleichen. Und drittens müssen wir uns um die mangelnde und sehr unterschiedliche Finanzkraft der ostdeutschen Kommunen und Länder kümmern. Das sind die drei großen Themen, die uns – leider – als Ost-West-Themen erhalten bleiben werden. Alles andere wird sich in weiteren 20 Jahren erledigt haben.

Artikel-URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2576791>
